

S A T Z U N G

der Stadt Bad Säckingen über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Gutachterausschusses (Gutachterausschuss-Gebührensatzung) vom 19. November 2001

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg -GemO- i.d.F. vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581, 698), geändert am 19. Dezember 2000 (GBl. S. 745) und der §§ 2 und 8a des Kommunalabgabengesetzes i.d.F. vom 28. Mai 1996 (GBl. S. 481) hat der Gemeinderat der Stadt Bad Säckingen am 19. November 2001 folgende Satzung beschlossen.

I. Allgemeines

§ 1 Gebührenpflicht

Die Stadt Bad Säckingen erhebt für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss sowie für Amtshandlungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses Gebühren.

II. Gebühren für die Erstattung von Gutachten

§ 2 Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühren werden nach dem Wert der Sachen und Rechte, bezogen auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Wertermittlung, erhoben. Für die Gebührenberechnung sind die tatsächlich ermittelten Werte auf volle € 10,00 aufzurunden, die so ermittelten Gebühren auf volle Euro zu runden.
- (2) Sind in einem Gutachten für mehrere Grundstücke eines Gebiets besondere Bodenrichtwerte (§ 196 Abs. 1 Satz 5 BauGB) zu ermitteln, so gilt als Wert der doppelte Wert des gebiets- oder lagetypischen Grundstücks. Bei mehreren gleichartigen Bodenrichtwerten ist der höchste Wert zu Grunde zu legen.
- (3) Sind im Rahmen einer Wertermittlung mehrere Sachen oder Rechte zu bewerten, die sich auf ein Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht beziehen, so ist die Gebühr aus der Summe der maßgeblichen Werte der einzelnen Gegenstände zu berechnen. Gleiches gilt, wenn Wertunterschiede auf der Grundlage unterschiedlicher Grundstückseigenschaften zu ermitteln sind. Wertermittlungen mehrerer Eigentumswohnungen auf einem Grundstück oder gleichartiger unbebauter Grundstücke gelten als eine Wertermittlung.
- (4) Sind Wertermittlungen für Sachen oder Rechte auf unterschiedliche Stichtage durchzuführen, ohne dass sich die Zustandsmerkmale (§ 3 Abs. 2 WertV) wesentlich geändert haben, so ist für den ersten Stichtag der volle Wert und für jeden weiteren Stichtag der halbe Wert zu Grunde zu legen. Sind die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse antragsgemäß unverändert, ist hierfür ein Viertel des Wertes zu Grunde zu legen.
- (5) Wird der Wert eines Eigentumsanteils ermittelt, der nicht mit Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz verbunden ist, so wird die Gebühr aus dem Wert des gesamten Grundstücks berechnet.

§ 3 Gebührenhöhe

- (1) Bei der Wertermittlung von Sachen und Rechten beträgt die Gebühr bei einem Wert von

€	1,00 bis €	50.000,00		6,00 ‰	des Wertes, mindestens € 150,00
€	50.001,00 bis €	100.000,00	= €	300,00 +	5,00 ‰ des Wertes über € 50.000,00
€	100.001,00 bis €	150.000,00	= €	550,00 +	4,50 ‰ des Wertes über € 100.000,00
€	150.001,00 bis €	200.000,00	= €	775,00 +	3,50 ‰ des Wertes über € 150.000,00
€	200.001,00 bis €	250.000,00	= €	950,00 +	3,00 ‰ des Wertes über € 200.000,00
€	250.001,00 bis €	500.000,00	= €	1.100,00 +	1,50 ‰ des Wertes über € 250.000,00
€	500.001,00 bis €	1.000.000,00	= €	1.475,00 +	0,80 ‰ des Wertes über € 500.000,00
€	1.000.001,00 bis €	5.000.000,00	= €	1.875,00 +	0,70 ‰ des Wertes über € 1.000.000,00
	mehr als	€ 5.000.000,00	= €	4.675,00 +	0,30 ‰ des Wertes über € 5.000.000,00

- (2) Bei unbebauten Grundstücken oder Rechten an solchen Grundstücken beträgt die Gebühr 60 % der Gebühr nach Abs. 1.
- (3) Der Gutachterausschuss kann, wenn seine Mitglieder selbst nicht oder nicht in ausreichendem Maß über die im Einzelfall erforderliche Sachkunde und/oder Information verfügen (z.B. bei der Bewertung von Waldbeständen, Obstbäumen, Naturdenkmalen), besondere Sachverständige bei der Wertermittlung hinzuziehen und Unterlagen bei Dritten (z.B. Einschätzungsverzeichnisse der Gebäudeversicherung) beschaffen. Die hierdurch entstehenden Auslagen hat der Gebührenschuldner neben den Gebühren nach Abs. 1 und 2 zu tragen.
- (4) In den Gebühren ist eine Ausfertigung des Gutachtens für den Antragsteller und eine weitere für den Eigentümer enthalten, soweit dieser nicht Antragsteller ist. Für jede weitere Ausfertigung bzw. jeden weiteren Auszug aus der Wertermittlung, auch auf Grund gesetzlicher Vorschriften, werden dem Antragsteller Gebühren in Höhe von € 0,25 je Seite berechnet.

III. Gebühren für Amtshandlungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

§ 4 Verwaltungsgebühren

- (1) Für Amtshandlungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses werden folgende Gebühren erhoben:

a) Schriftliche Auskünfte über Bodenrichtwerte für jedes Grundstück, auf das sich die Auskunft bezieht	€ 15,00, höchstens jedoch € 120,00
b) Telefonische Auskünfte über Bodenrichtwerte Sind mehrere Grundstücke betroffen, erfolgt nur schriftliche Auskunft mit Gebührenfolge nach Buchst. a)	€ 15,00
c) Auskunft aus der Kaufpreissammlung, je betroffenes Grundstück (Auskunft nur schriftlich)	€ 20,00
d) Übersendung eine Ausfertigung der Bodenrichtwerttabelle (ohne Kartenblätter)	€ 15,00
e) Übersendung von Auszügen aus der Bodenrichtwertkarte (Farbkopien)	
je Kartenblatt im Format DIN A 4	€ 3,00
je Kartenblatt im Format DIN A 3	€ 6,00
- (2) Für Amtshandlungen, die in Abs. 1 nicht genannt sind, werden Gebühren nach der Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Bad Säckingen und dem dazu ergangenen Gebührenverzeichnis in der jeweils gültigen Fassung erhoben.

IV. Verfahren

§ 5 Gebührenschuldner, Haftung

- (1) Gebührenschuldner ist, wer die Erstattung des Gutachtens oder die Amtshandlung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses veranlasst oder in dessen Interesse sie vorgenommen wird.
- (2) Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Gebührenschuldner haftet, wer die Gebührenschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

§ 6 Rücknahme eines Antrags

Wird ein Antrag auf Erstattung eines Gutachtens oder für eine Amtshandlung der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses zurückgenommen, bevor der Gutachterausschuss einen Beschluss über den Wert des Gegenstandes gefasst oder die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses über den Antrag entschieden hat, so wird eine Gebühr nach dem Bearbeitungsstand von bis zu 90 % der vollen Gebühr erhoben.

§ 7 Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung bzw. der Amtshandlung, in den Fällen des § 6 mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung. Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

V. Schlussbestimmungen

§ 8 Übergangsbestimmungen

Für Leistungen, die vor In-Kraft-Treten dieser Satzung beantragt wurden, gilt die bisherige Gebührensatzung. Die in Deutsche Mark zu berechnenden Gebühren sind nach der Formel $DM 1,95583 = € 1,00$ in Euro umzurechnen, das Ergebnis auf zwei Dezimalstellen zu runden.

§ 9 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2002 in Kraft; gleichzeitig tritt die Gutachterausschussgebührensatzung vom 29. Juni 1994 außer Kraft.

Bad Säckingen, den 19. November 2001

gez.: Dr. Dr. h.c. Nufer
Bürgermeister

Verletzung von Verfahrensvorschriften

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung oder von aufgrund der Gemeindeordnung erlassener Verfahrensvorschriften beim Zustandekommen einer Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich und unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der Verletzungen begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Stadt Bad Säckingen geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist ohne tätig zu werden verstreichen lässt, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder der Bürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder ein Dritter die Verfahrensverletzung gerügt hat.